

DOCX: <https://fffutu.re/kTogro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Eingabe Rheinisches Braunkohlerevier

Der Entwurf einer Leitentscheidung "Eine nachhaltige Perspektive für das Rheinische Revier¹" ist in der Offenlage. Organisationen und Einzelpersonen können sich bis zum 01. Dezember 2020 beteiligen.



Inhaltsverzeichnis

Eingabe Rheinisches Braunkohlerevier	1
Inhaltsverzeichnis	1
Baukasten für Individualisierung	4
Appell	4
Gesundheit	4
Arbeitsplätze	4
Kosten	5
Technologie	5
Emotionen	6
Klimagerechtigkeit	7
Klimaschutz	7
Infrastruktur	7
Falsche Behauptungen / Lobbyismus	8
Raumentwicklung	9

¹ <https://fffutu.re/xTphsm>

DOCX: <https://ffutu.re/kTogro> **** ODT: <https://ffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://ffutu.re/jrTdxF>

Juristisches	9
Warum ist 2038 zu spät? - Zeitpläne	10
Wasser / Restseen	10
#HambiBleibt: Walderhalt, Waldvernetzung	11
Warum müssen alle Dörfer bleiben?	12
Naturschutz	12
Denkmalschutz	13
Boden	13
Mobilität	14
(Un)Beteiligung	14
Hinweis auf künftige Wahlentscheidungen	15
Verschleppung	15
Quellensammlung (alphabetisch)	15
Projektziel	19
Zeitplan	19
Entwurf Leitentscheidung	19
Thema A: Raumentwicklung für die Zukunft: Neue Chancen für die Region	19
Gesamtrückmeldung zum Themenbereich A	19
A1: Zukunftsräume für Region und Kommunen	19
A2: Energeregion der Zukunft und Mobilitätsrevier der Zukunft	20
Thema B: Ein früherer Ausstieg: Anpassungen in der Tagebauplanung	20
Gesamtrückmeldung zum Themenbereich B	20
B1: Planungshorizont mit Revisionszeitpunkten	20
B2: Verbesserungen für die Tagebauranddörfer Garzweiler II	21
B3: Inanspruchnahme und Rekultivierung von Garzweiler	23
B4: Neue Abbaugrenzen, Erhalt von Wald und Morschenich	24
B5: Anpassung der Rekultivierung	26
B6: Keine grundlegende Planänderungen für Inden	26
Thema C: Wasserverhältnisse nach Tagebauende: Voraussetzungen für eine gute Zukunft	27
Gesamtrückmeldung zum Themenbereich C	27
C1: Anforderungen an Tagebaurestseen	27
C2: Nutzung von Rheinwasser für die Restseebefüllung für Garzweiler und Hambach	27
C3: Sichere Bereitstellung von Trink-, Öko-, Ausgleichs- und Ersatzwasser	28
C4: Umbau der Erft	28
Thema D: Ein sozialverträgliches Konzept: Umsiedlungen im Rheinischen Revier	28
Gesamtrückmeldung zum Themenbereich D	28
	2

DOCX: <https://ffutu.re/kTogro> **** ODT: <https://ffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://ffutu.re/jrTdxF>

D1: Umsiedlungen in Erkelenz, Kerpen und Merzenich	28
D2: Morschenich mit neuer Perspektive	29
Bedienungsanleitung	30
Wer kann Teilnehmen?	30
Beteiligungsformen	30
Stellungnahme via Onlineformular – so geht das	30
Briefkasten - Ideenspeicher	33
Herzenswünsche der Arbeitsredaktion	33

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Baukasten für Individualisierung

Appell

- Wir fordern das Land NRW auf
 - die Kohleverstromung deutlich vor dem Jahre 2030 zu beenden (zu teuer, nicht Paris kompatibel, nicht KSG kompatibel, nicht EU kompatibel, sozial ungerecht...)
 - aus dem Krisenmodus in den Zukunftsmodus umzuschalten. Der Ausbau von erneuerbaren Energien im Land muss entfesselt werden (höhere Ausbaugeschwindigkeit, Hemmnisse überwinden...)
 - Rückstellungen für Klimafolgeschäden zu bilden

Gesundheit

- Es ist unverständlich warum RWE überhaupt Geld geschenkt bekommt, wenn die schon die Braunkohle geschenkt bekommen und uns sogar noch mit Schwermetallen vergiften dürfen, weil man nicht die EU-Vorgaben umsetzt. Wie viele Arbeitsplätze sind ein Menschenleben wert? Für FDP und CDU in ihrem Entfesselungssirrsinn, sind Menschenleben nicht viel wert. Aber man kann die einzelnen Leichen natürlich nicht den Mördern zuordnen, weil es meist eine Summe von Ursachen ist. Hitzetote gehen aber auf jeden Fall auf das Konto von CDU, FDP und RWE. So gesehen ist jeder Tag mehr grob fahrlässig.
- Feinstaub
- Die 400-500 m Abstand zum Braunkohleloch sind löblich, allerdings gibt es nicht einmal überall ausreichende Messungen der Emissionen, um abschätzen zu können, ob dieser Abstand ausreichend ist. Insbesondere zum Schutz vor Ultrafeinstaub wird nichts getan, denn dieser fliegt sehr weit und geht bis ins Blut.
- Die Richtlinien schützen nicht vor der erheblichen Lichtverschmutzung durch die Flächenfressbagger.
- Quecksilber
- Radioaktivität
- Aus Gründen des Gesundheitsschutzes im Zuge erfolgreichen Klimaschutzes, Bsp: Im August 2020 lag die Übersterblichkeit aufgrund der Hitzewelle genauso hoch wie auf dem Höhepunkt der Corona-Pandemie im März
- DLF: Corona-Studie - Feinstaub in der Luft erhöht Sterblichkeit bei Covid-19. Ein Zusammenhang zwischen Luftverschmutzung und der Sterblichkeit durch Covid-19 wird schon länger vermutet – eine neue Studie liefert jetzt genaue Zahlen
https://www.deutschlandfunk.de/corona-studie-feinstaub-in-der-luft-erhoeht-sterblichkeit.2850.de.html?drn:news_id=1191502

Kommentiert [Ga1]: Feinstaub (u.a. mit Quecksilber) ist ein reales Problem: Im Sommer bei konvektiven Atmosphärischen Bedingungen ist der Staub als Fahne über der Landschaft in einer Höhe deutlich über den 5m der Berieselungsanlagen zu sehen. Wir genau die Luftströme solchen Tagen und um den Tagebau aussehen, weiß RWE scheinbar selbst nicht genau (aus internen Diskussionen bekannt).

Arbeitsplätze

- Die Arbeitsplätze der Braunkohleverstromung sind bereits jetzt zu 80 % abgebaut worden, daher gibt es keinen Strukturwandel mehr: 1995 50.000 beschäftigte, 2005 35.000 Beschäftigte 2020 nur noch 10.000 Beschäftigte. Die 50-er Regelung und die Kraftwerksneubauten sowie weitere Automatisierungen und Strukturpassungen innerbetrieblicher Natur haben 40.000 Arbeitsplätze in 25 Jahren bereits entfallen lassen

Kosten

- **HAMMERARGUMENT**: Die Flözmächtigkeit am Tagebau Garzweiler ist unter den Dörfern viel zu gering, um wirtschaftlich Braunkohle zu gewinnen (DIW 2019, Seite 19)². Warum wird der Tagebau Inden mit einer deutlich höheren Flözmächtigkeit nicht weitergeführt? Dort sind keine Dörfer im Weg, der Raumwiderstand ist deutlich geringer.
- Braunkohle ist nachweislich keine preisgünstige Energieversorgung: "Stromerzeugung mit Braunkohle verursacht mit 20,81 Eurocent2016 pro erzeugter Kilowattstunde elektrischen Stroms (kWhel) die höchsten Umweltkosten, gefolgt von den fossilen Energieträgern Öl und Steinkohle." Quelle: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/gesellschaftliche-kosten-von-umweltbelastungen#umweltkosten-der-strom-und-waermeerzeugung>
- Der Entwurf lässt unberücksichtigt, dass die Folgekosten nicht verlässlich beziffert werden können, weil RWE allenfalls eine sehr grobe Idee hat, aber dabei die mitverursachte Klimaerwärmung völlig unberücksichtigt lässt. Genauso wenig werden die Ewigkeitskosten berücksichtigt, welche aus den erheblichen teilw. irreversiblen Bodensenkungen resultieren.
- Und was ist bei Insolvenz der RWE AG? Wer kommt dann für die Verbindlichkeiten auf?
- Die angeblich sicher Energieversorgung ist nicht nur klimaschädlich und unsozial, sondern auch verdammt teuer. Schließlich wird die Kohleförderung mit Milliarden bezuschusst. Nicht nur direkte Subventionen, sondern auch die indirekten. Mich wundert hier, dass die FDP dies mit trägt. Denn eigentlich labern die immer etwas von Marktwirtschaft. Aber die soll wohl nur an anderen Stellen frei sein und nicht wenn es um Kohle geht. Wenn man endlich mal die ganzen Subventionen entfesseln würde, wäre es schon seltsam, wie schnell plötzlich Braunkohle verzichtbar würde. Aber CDU und FDP setzen wohl lieber ihre Subventionsplanwirtschaft fort, als die grundrechtliche soziale Marktwirtschaft zu verteidigen und durchzusetzen.
- RWE exportiert in großen Mengen Braunkohlestrom in die NL, daher ist die Kohle für NRW völlig verzichtbar und ein Sofortausstieg als öffentliches Interesse geboten
- Nicht meine Idee, aber bei den einschlägigen NGOs gibt's ja genug Anregungen, warum Kohle ausgedient hat... Zuletzt eine PV Anlage in Malaysia die mit 13MWh/p zu einen Preis von \$0,038 lcoe pro MWh, damit absolut marktfähig... Experten gehen von einem massiven Rückgang der Kohleverstromung aus...
- <https://www.energiezukunft.eu/wirtschaft/wie-corona-den-energiemarkt-neu-ordnet/>

Technologie

- Im Rahmen der Leidentscheidung fehlt der Plan für den Ausbau der erneuerbaren Energien inkl. Speicherkapazitäten. Dies ließe sich zudem deutlich beschleunigen, wenn man den Denkmalschutz außer Kraft setzen würde, der Solarzubau behindert und Photovoltaik massiv fördert.
- horizontale Windräder können deutlich leiser betrieben werden als vertikale Anlagen → Abstände können deutlich reduziert werden (Spiegel 2020)³. Eine neue Testanlage steht westlich von Köln, ab 2021 Industrialisierung möglich
- Solar auf Stelzen
- Handbuch Klimaschutz Seite 55ff für NRW adaptieren.

² <https://fffutu.re/6lTb1>

³ <https://fffutu.re/KTPxQh>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

- Nicht meine Idee, aber bei den einschlägigen NGOs gibt's ja genug Anregungen, warum Kohle ausgedient hat... Zuletzt eine PV Anlage in Malaysia die mit 13MWh/p zu einen Preis von \$0,038 lcoe pro MWh, damit absolut marktfähig... Experten gehen von einem massiven Rückgang der Kohleverstromung aus...
- <https://www.energiezukunft.eu/wirtschaft/wie-corona-den-energiemarkt-neu-ordnet/>

Emotionen

- Der Titel ist irreführend, es geht nicht um "Neue Perspektiven", sondern um ein klimaschädliches Weiterso.
- In Anbetracht, welches Leid diese Entscheidung für die Menschheit verursacht wäre Leidentscheidung zutreffender.
- Der Wunsch die Situation zu befrieden ist verständlich, allerdings wird dies nicht mit Heimatraub gelingen. Es ist mir unverständlich wie sich eine Landesregierung zu Handlangern eines Konzerns machen kann, der allgemeinwohlschädlich handelt.
- Es ist unverständlich, warum dass Datum 2038 immer ohne den Zusatz spätestens genannt wird. Es ist doch wohl klar, dass sich endlich was tun muss und Minister Pinkwart endlich mal den Arsch hochbekommen muss, damit die Energiewende vorangeht. Oder ist er im Energiewendestreik seit 2017 und tut deshalb nichts? Man gewinnt immer wieder den Eindruck, dass er viel redet aber nichts zustandebringt. Die Außenwirkung ist die eines Energiewendebremsklotz.
- Es unverständlich warum RWE überhaupt Geld geschenkt bekommt, wenn die schon die Braunkohle geschenkt bekommen und uns sogar noch mit Schwermetallen vergiften dürfen, weil man nicht die EU-Vorgaben umsetzt. Wie viele Arbeitsplätze sind ein Menschenleben wert? Für FDP und CDU in ihrem Entfesselungsirrsinn, sind Menschenleben nicht viel Wert. Aber man kann die einzelnen Leichen natürlich nicht den Mördern zuordnen, weil es meist eine Summe von Ursachen ist. Hitzetote gehen aber auf jeden Fall auf das Konto von CDU, FDP und RWE. So gesehen ist jeder Tag mehr grob fahrlässig.
- Es sind zu viele Weichmacher in den Sätzen, die alles, was für Mensch und Umwelt wichtig ist, sehr schwammig machen.
- Nur weil Dörfer teilweise unter Anwendung von psychologischem Druck entvölkert wurden, heißt das nicht, dass nicht wieder ein soziales Gefüge entstehen kann. Vielmehr noch wird auch Kultur vernichtet.
- Böse Zungen sprechen von einer NRWE-Landesregierung. Die Leidentscheidung scheint in diese Richtung zu gehen. Umweltschutz ist sozial, Bergbau ist antisozial, denn es schädigt Umwelt und Menschen.
- [Der Graslutscher @DerGraslutscher](#): Ihr macht euch Sorgen wegen 11.287 Neuinfektionen allein in Deutschland? Ich auch. Jetzt stellt euch vor, die Strategie der Bundesregierung wäre, bis 2050 wieder auf null Neuinfektionen zu kommen. Genau. So fühlen sich Menschen, die wegen Covid UND Klimakrise besorgt sind.
<https://twitter.com/DerGraslutscher/status/1319161118795988992>
- Es ist Aufgabe einer Landesregierung und eines Landesvaters, für ALLE Menschen da zu sein. Im Kohlekompromiss wurde festgeschrieben, dass mit den Betroffenen geredet werden soll. Der MP hat alle Bitten um diese Gespräche ignoriert, und den Betroffenen nur Selbstgespräche zynischer Weise gelassen, während er pathetisch ein Dutzend Mal mit Kumpels das Steigerlied in die Fernsehkameras gesungen hat. Daher ist das Versäumte dringend anachzuholen.

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

- Wir wohnen in Kuckum , das ist unsere Heimat. Egal wieviel Menschen schon umgesiedelt sind. Das interessiert uns nicht! Hinter uns stehen 27.000 deutschsprachige Wissenschaftler. Eine Zwangsumsiedlung im 21. Jahrhundert wegen fossiler Energie die niemand mehr braucht ist für uns eine Vertreibung. Eine Vertreibung ist menschenverachtend und asozial und ein Verbrechen gegenüber den Menschen die hier leben , gegenüber dem Klima und letztendlich gegenüber unserem Planeten.
- Damit die Menschen wieder spüren, dass Politik nicht gegen sie arbeitet. Damit die Menschen Vertrauen in Regierung und Verantwortliche wieder erlangen und nicht zu den Rechten oder den Reichsbürgern oder den Aluhüten überwechseln.
- Die Leitentscheidung ist auf die Gewinnmaximierung von RWE ausgelegt. Die Machbarkeit ist ungewiss.
- Das Wirtschaftsministerium⁴ versuchte zwar, am folgenden Tag die Wogen zu glätten (Wirtschaftsministerium NRW 2020a). Dieser Versuch wurde allerdings unmittelbar von einem Leserkommentar als Nebelkerze identifiziert: "Nachdem wirklich alles besiegelt ist, alles Wesentliche dabei hinter verschlossenen Türen, eröffnet die [#CDU-#NRW-Regierung](#) [#Laschet](#) zum Schein noch ein "Beteiligungsverfahren zur [#Leitentscheidung](#)". Was für ein Hohn. Was für eine offen zur Schau gestellte Verachtung⁵" (Useronline 2020a).
-

Klimagerechtigkeit

Klimareporter 2020b: Warum Klimaungerechtigkeit kein Zufall ist, <https://fffutu.re/D73aPo>

Klimaschutz

- Kohle ist ein fantastischer und sicherer Speicher für CO₂, der bitte auch so im Boden bleiben soll. Dies ist günstiger und wesentlich sicherer als neue Speicherstätten für CO₂ Gas zu suchen und zu nutzen!
- Jede Tonne Braunkohle, die im Boden bleibt ist eine Tonne CO₂, die wir nicht aus der Atmosphäre entfernen müssen. Das spart uns 500 € und jede Menge Zeit.
- Calel, R. et. al. (2020) prognostizieren in einer im Oktober veröffentlichten Studie Klimafolgeschäden von mehr als 563 Billionen Dollar bei dem derzeitigen Pfad.

Infrastruktur

- Das Inden mangels Infrastruktur nicht angebunden werden könne, ist eine Ausrede, bisher wurde, wenn nötig eine Anbindung erstellt und wenn man hier gut plant ist die Bahnlinie später auch für Personenverkehr nutzbar. Hier wäre die Landesregierung eigentlich in der Pflicht, allerdings gewinne ich einmal mehr den Eindruck, einer käuflichen Landesregierung.
- Gemäss § 5 des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW muss Wohnraum so erhalten werden, dass der ordnungsgemässe Gebrauch zu Wohnzwecken gewährleistet ist. Ganz im Gegenteil

⁴ <https://fffutu.re/Ex6kbV>

⁵ <https://fffutu.re/dhJov5>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

werden aber z.B. in Morschenich offensichtlich Dachluken bewusst geöffnet oder gar zerstört, damit Regenwasser eindringen kann und den Wohnraum unbewohnbar macht - RWE schafft so Gründe, um (dann baufällige) Häuser abreißen zu können. Die Ordnungsbehörden der Gemeinden in den Braunkohlegebieten sind also aufzufordern, entsprechende Kontrollen durchzuführen und ggfls. Oednungsgelder zu verhängen.

-
- Warum faselt die Leidentscheidung etwas von Photovoltaik auf Freiflächen? Photovoltaik gehört primär dorthin, wo der Strom gebraucht wird, also in die Städte auf die Dächer. Hier braucht es eine Photovoltaikpflicht für Neubauten und ein Programm für Altbauten. Stattdessen wird hier völlig deppert Freifläche verschwendet, nach welcher die Industrie ständig jammert.

Falsche Behauptungen / Lobbyismus

- Die Behauptung "Der Betrieb der Rheinischen Braunkohlekraftwerke mit Braunkohle in den Tagebauen des Rheinischen Reviers bleibt zur Gewährleistung einer sicheren und zuverlässigen Energieversorgung der Bundesrepublik aber weiterhin erforderlich" ist unfundiert und entspricht nicht den Tatsachen. Zudem ist Veredelung für die Energieversorgung nicht notwendig. Es gibt Alternativen zu den Veredelungsprodukten wie Braunkohlekaminbriketts oder Herdofenkoks (Aktivkohle) aus nachhaltigen Quellen.
- Wie bereits gesagt dient Produktion von "Veredelungsprodukten" nicht der Stromversorgung und nicht dem Allgemeinwohl und ist damit unzulässig.
- Die Darstellung der Zukunft der Tagebaue ist bar jeglicher Realität und wird kein Mensch von heute mehr erleben. Und wenn man überlegt wie lange BER brauchte dürften die Restlöcher vielleicht in 500 Jahren gefüllt sein, aber da RWE ja nichts genaues plant, könnte es auch ein ganzes Jahrtausend dauern, denn die von RWE mitverursachte Klimaerwärmung wird in den Plänen gar nicht berücksichtigt, sondern nur ein Mittelwert eingesetzt, als ginge so weiter, wie bisher. Die Planungen für Garzweiler I zeigen doch, dass vieles deutlich länger dauert als geplant.
- Die angeblich sicher Energieversorgung ist nicht nur klimaschädlich und unsozial, sondern auch verdammt teuer. Schließlich wird die Kohleförderung mit Milliarden bezuschusst. Nicht nur direkte Subventionen, sondern auch die indirekten. Mich wundert hier, dass die FDP dies mit trägt. Denn eigentlich labern die immer etwas von Marktwirtschaft. Aber die soll wohl nur an anderen Stellen frei sein und nicht wenn es um Kohle geht. Wenn man endlich mal die ganzen Subventionen entfesseln würde, wäre es schon seltsam, wie schnell plötzlich Braunkohle verzichtbar würde. Aber CDU und FDP setzen wohl lieber ihre Subventionsplanwirtschaft fort, als die grundrechtliche soziale Marktwirtschaft zu verteidigen und durchzusetzen.
- Die in Auftrag gegebenen Untersuchungen zur Notwendigkeit der Kohle wurde zum großen Teil von RWE und der Kohleverbänden in Auftrag gegeben. Es darf nicht sein, dass Betroffene ein Gutachten erstellen dürfen. Das wäre wie beim Versicherungsfall, den eigenen Gutachter zu spielen.
- Rolf Martin Schmitz ist nicht glaubwürdig. Immer wechselnde Aussagen bzw. Falschbehauptungen. Zu Zeiten von 2017/2018 wurde behauptet, dass der Hambi nicht mehr gerettet werden kann, obwohl die Bagger 500 Meter entfernt waren. Jetzt soll es doch gehen, obwohl diese jetzt zum Teil nur noch 50 Meter entfernt sind. Stichwort Böschungswinkel. Beispiel 2: Er behauptet ohne die Kohle von Hambach bringe die alleinige Kohle von Garzweiler II nichts, da beide gemischt werden müsste. Wie soll das gehen, wenn

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Hambach 2030 dicht macht und Garzweiler II über 8 Jahre weiter fährt. Tut mir (nicht) Leid, er ist ein Lügner.

Raumentwicklung

- wir verlieren weitere Wohnflächen bzw. müssen neue Siedlungen errichte und dadurch mehr Fläche versiegeln. Besonders kritisch, da wir wegen Meeresspiegelanstieg auch in D Siedlungsflächen in Küstennähe verlieren. Auch Hausbau frisst wieder sehr viel Energie.
-
- Naturflächen gehen verloren bzw. Werden geschädigt (Grundwasserabsenkung, Austrocknung Hambacher Wald)
- Umsiedlungen zerstören DÖRFER mit baurechtlicher Festsetzung DM (Dorfgebiet-Mischnutzung), Ersatz sind aber nur Speckgürtelstraßen mit baurechtloicher Festsetzung WR oder WA (reines / allgemeines Wohnen), somit ist Umsiedlung juristisch keine Umsiedlung, weil der eigentlich rechtlich geschützte bestand nicht den Beteiligten gewährt wird, dadurch hochgradig sozial-unverträglich und dem Sinn nach illegal.
- Gemäss § 5 des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW muss Wohnraum so erhalten werden, dass der ordnungsgemässe Gebrauch zu Wohnzwecken gewährleistet ist. Ganz im Gegenteil werden aber z.B. in Morschenich offensichtlich Dachluken bewusst geöffnet oder gar zerstört, damit Regenwasser eindringen kann und den Wohnraum unbewohnbar macht - RWE schafft so Gründe, um (dann baufällige) Häuser abreißen zu können. Die Ordnungsbehörden der Gemeinden in den Braunkohlegebieten sind also aufzufordern, entsprechende Kontrollen durchzuführen und ggfls. Oednungsgelder zu verhängen.
-

Juristisches

- Die Leidentscheidung lässt die Weiterentwicklung des Rechts unberücksichtigt und geht davon aus, dass es zu weiteren Enteignungen kommt. Oder vielleicht nicht? Drehen hier FDP und CDU ihr Fähnchen in den Wind von RWE und missbrauchen die Gerichte, um die schmutzige Arbeit zu machen, damit dann noch mehr Entschädigungen gezahlt werden können? Denn rechtlich ist es sehr zweifelhaft, dass weitere Enteignungen zulässig sind. Es gibt ausreichend Alternativen, auch um deutlich schneller auszusteigen.
- Die Umsiedlung wird nicht freiwillig abgeschlossen werden. Aufgrund dieser Leidentscheidung, werde ich die Gegner finanziell unterstützen und wünschen denen viel Erfolg vor Gericht, gegen die Klimafeinde RWE, CDU, FDP.
- Es wird immer Recht gebrochen. Entweder Völkerrecht (Paris) oder Wirtschaftsrecht (Deutschland). Lebens- & Naturraum > Profite.
Mehrheitsdemokratie ist schuld an Klimakrise
> System Change Now heißt Mehrheitsgesellschaft darf nicht mehr über Betroffene hinweg entscheiden (Beteiligungsverfahren sind keine Vetos und deshalb nur Greenwashing).
Das Land denen, die drauf leben!!!
Wir wohnen in Kuckum , das ist unsere Heimat. Egal wieviel Menschen schon umgesiedelt sind. Das interessiert uns nicht! Hinter uns stehen 27.000 deutschsprachige Wissenschaftler. Eine Zwangsumsiedlung im 21. Jahrhundert wegen fossiler Energie die niemand mehr braucht ist für uns eine Vertreibung. Eine Vertreibung ist menschenverachtend und asozial

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

und ein Verbrechen gegenüber den Menschen die hier leben , gegenüber dem Klima und letztendlich gegenüber unserem Planeten.

- Gemäss § 5 des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW muss Wohnraum so erhalten werden, dass der ordnungsgemässe Gebrauch zu Wohnzwecken gewährleistet ist. Ganz im Gegenteil werden aber z.B. in Morschenich offensichtlich Dachluken bewusst geöffnet oder gar zerstört, damit Regenwasser eindringen kann und den Wohnraum unbewohnbar macht - RWE schafft so Gründe, um (dann baufällige) Häuser abreißen zu können. Die Ordnungsbehörden der Gemeinden in den Braunkohlegebieten sind also aufzufordern, entsprechende Kontrollen durchzuführen und ggfls. Ordnungsgelder zu verhängen.

Warum ist 2038 zu spät? - Zeitpläne

- Die Darstellung der Zukunft der Tagebaue ist bar jeglicher Realität und wird kein Mensch von heute mehr erleben. Und wenn man überlegt wie lange BER brauchte dürften die Restlöcher vielleicht in 500 Jahren gefüllt sein, aber da RWE ja nichts genaues plant, könnte es auch ein ganzes Jahrtausend dauern, denn die von RWE mitverursachte Klimaerwärmung wird in den Plänen gar nicht berücksichtigt, sondern nur ein Mittelwert eingesetzt, als ginge so weiter, wie bisher. Die Planungen für Garzweiler I zeigen doch, dass vieles deutlich länger dauert als geplant.
- Wir fordern das Land NRW auf die Kohleverstromung deutlich vor dem Jahre 2030 zu beenden (zu teuer, nicht Paris kompatibel, nicht KSG kompatibel, nicht EU kompatibel, sozial ungerecht...)
- Das Jahr 2038 als Enddatum ist unwahr, es ist korrekt das späteste Datum, zudem die Kohlenutzung beendet werden soll. Dieses Datum muss aber nicht ausgereizt werden und könnte bei den richtigen Rahmenbedingungen auch bereits früher beendet werden.
- Auch die Stilllegungsdaten sind Maximaldaten, die nicht ausgereizt werden müssen.
- 2030 ist zu spät und außerdem wird auch hier der Veredelungsanteil völlig ausgeblendet.

Wasser / Restseen

- "Braunkohlenaschen enthalten erhebliche Mengen löslicher Sulfate, die zu einer ernsthaften Gefährdung der Grundwasserqualität führen können. Bei der Anlage der Deponie muss darauf geachtet werden, dass diese Stoffe weder durch Sickerwässer noch durch direkten Kontakt in das Grundwasser gelangen." (Landesamt NRW, 1977, S. 83). "Die Kraftwerksasche wird in den ausgekohlten Tagebauen in der Größenordnung von mehreren Millionen t pro Jahr verkippt." (ebd., S. 82). → Wie gewährleistet der Bergbaubetreiber NRW, dass das Grundwasser nicht gefährdet wird?
- Wir fordern das Land NRW auf die Tagebaulöcher so wenig wie möglich zu Seen zu gestalten (Abraumverfüllung, weniger Wasser notwendig...)
- Ohne genau Planung für die Restseen unter Berücksichtigung der Klimaerwärmung dürfen die Tagebaue nicht mehr fortgesetzt werden, da dadurch das Füllvolumen beständig vergrößert wird.
- Es ist nicht plausibel, warum die Sophienhöhe nicht genutzt werden kann. Ist zwar umständlich für RWE, aber das ist egal. Die Kunstlandschaft ist besser geeignet, als den

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Hambacher Forst zu einer Insel zu machen, wie RWE das plant. Wobei, bis das Wasser so hoch steht, sind die Bäume längst verdorrt. Flächenfraß ist also vertretbar? Für das Allgemeinwohl ist dies nicht vertretbar. Es ist noch nicht einmal klar, ob RWE dabei wirklich etwas einspart. Ein Frechheit ist auf jeden Fall, so zu tun, als wäre der Boden nötig, aber gleichzeitig den Kiesabbau zu planen. Unklar ist auch, warum nicht einfach Bauschutt aus ganz NRW heran karren statt überall Deponien zu errichten.

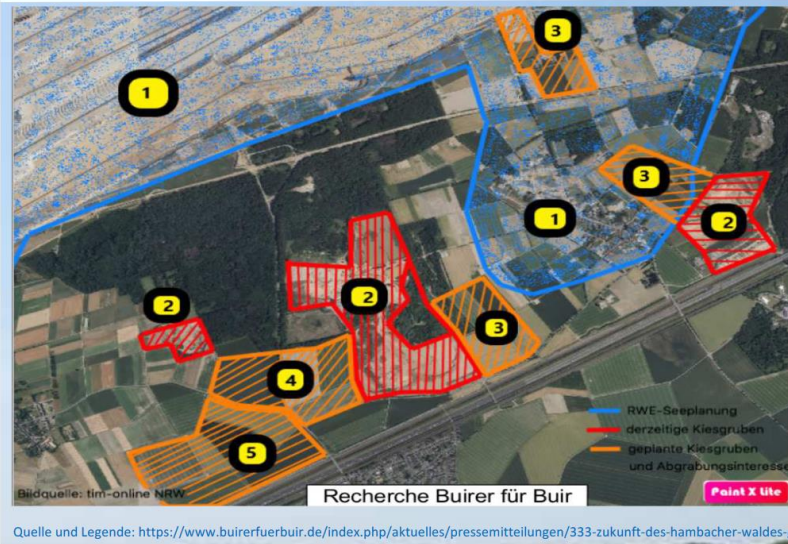
- Die Abpumpung kann nicht nur, sie tut es sogar. Sie gefährdet langfristig die Wasserversorgung in NRW. Zumal es in NRW gar keinen vollständigen Überblick über die Wassernutzung gibt. Die Bezeichnung von mit Schwermetallen und anderen Verunreinigungen belastetes Wasser als 'Ökowasser' ist irreführend.
- Die Behauptung, dass es nur Jahrzehnte dauern würde ist eine Lüge. Denn um dies realistisch bewerten zu können, müsste der Ist-Zustand, die Klimaerwärmung uvm. berücksichtigt werden. RWE hat bisher aber nur eine vage Absicht, die ungefähr so viel Wert ist, wie ein Wahlversprechen. Also völlig wertlos.
- Durch Befüllung der Restlöcher mit Wasser werden sämtliche Grundwasserleiter miteinander verbunden, dadurch entstehen Schadstoffeinträge, welche gegen die WRRL verstoßen.
- Wasserqualität und mit Mikroplastik und Schadstoffen belastetes Rheinwasser passen nicht zusammen.
- Wie will man denn bei zunehmenden Dürren die Befüllung sicherstellen? Das ist völlig absurd, dass man dem Rhein Wasser entnehmen kann und dadurch die Schifffahrt sabotiert. Zudem sorgen stabile Warmwetterlagen für eine höhere Verdunstung.
- Die Erfahrung aus anderen Tagebauten zeigt, wie schnell diese Umkippen, weil die oxidierten Bodenbestandteile sich im Wasser verteilen.
- Altgemeinde Keyenberg ist Gebiet der Niersquellen. Niers ist seit 3 Jahren auf Niedrigwasser/Niedrigstwasser, Nette trocknet seit 2018 regelmäßig aus

#HambiBleibt: Walderhalt, Waldvernetzung

- Raumkonzept „Bürgewälder vernetzen“ des ZKS (Zivilgesellschaftlicher Koordinierungskreises Strukturwandel) Aber!gefährdet durch aktuelle RWE-Planung (Abgrabungszone Tagebau Hambach, weitere Kiesgrubenplanungen)⁶
-

● ⁶ <https://fffutu.re/NFNGOj>

Szenario Verinselung gefährdet dauerhaften Erhalt des Hambacher Waldes



Warum müssen alle Dörfer bleiben?

- Wir fordern das Land NRW auf alle Ortschaften zu erhalten
- Jede Umsiedlung ist eine soziale Härte, besonders wenn dies nicht einmal für das Allgemeinwohl erfolgt. Denn der Abbau von Braunkohle für Veredelung dient definitiv nicht dem Allgemeinwohl. Folglich ist Veredelung vollständig zu untersagen und dann der wirkliche Bedarf zu untersuchen. Zumal RWE bereits heute immer größere Müllanteile (u.a. Altholz, Klärschlamm) in den "Kraftwerken" verbrennt.
- Die Umsiedlungen in Erkelenz sind für Stromversorgung nachweislich nicht notwendig.
- Nur weil Dörfer teilweise unter Anwendung von psychologischem Druck entvölkert wurden, heißt das nicht, dass nicht wieder ein soziales Gefüge entstehen kann. Vielmehr noch wird auch Kultur vernichtet.

Naturschutz

- Für die Tagebaue existiert keine Umweltverträglichkeitsprüfung nach heutigem Standard.

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Denkmalschutz

- Man könnte nochmal die unwiederbringliche Zerstörung von denkmalgeschützten Bereichen sowie Bodendenkmäler wie germanisch/fränkisch/römische Gräberfelder und Siedlungsspuren hinweisen.
- Gemäss § 5 des Wohnungsaufsichtsgesetzes NRW muss Wohnraum so erhalten werden, dass der ordnungsgemässe Gebrauch zu Wohnzwecken gewährleistet ist. Ganz im Gegenteil werden aber z.B. in Morschenich offensichtlich Dachluken bewusst geöffnet oder gar zerstört, damit Regenwasser eindringen kann und den Wohnraum unbewohnbar macht - RWE schafft so Gründe, um (dann baufällige) Häuser abreißen zu können. Die Ordnungsbehörden der Gemeinden in den Braunkohlegebieten sind also aufzufordern, entsprechende Kontrollen durchzuführen und ggfls. Oednungsgelder zu verhängen.
-

Boden

- Urbarer Boden ist nicht angemessen zu berücksichtigen, sondern ausschließlich für Landwirtschaft oder als Kohlenstoffsенke (Wald/Moor) zu verwenden. Andere Nutzungen sind Flächenfraß und damit allgemeinwohlschädlich. Aber darauf wird die klimaschädliche Leidentscheidung wohl kaum Rücksicht nehmen.
- Warum soll bei Manheim durch die östliche Umfahrung des Hambacher Waldes Primärackerboden zerstört werden, um bei Elsdorf Sekundärackerflächen zu rekultivieren?
- Das Deutsche Geo-Forschungs-Zentrums in Potsdam warnt vor Bodenabsenkungen an Tagebauen: „Dadurch sei die Stabilität des Bodens gefährdet. Das wirke sich auch auf den Grubenrand aus. Hier seien ebenfalls Verschiebungen um mehrere Zentimeter im Jahr festzustellen“ (WDR 2020)⁷.
- Studie über Monitoring von Boden(in)stabilität Tagebaue Garzweiler, Hambach, Inden. Mittels Satellitendaten wurden Bodenbewegungen von 30 bis zu 50cm/Jahr festgestellt. Das hat Auswirkungen auf Tagebaurand, auf bereits wieder verfülltes "Neuland" und weiter entfernte Regionen wo das abgepumpte Grundwasser zugeleitet wird. Es können Rutschungen, Schäden an Gebäuden, Straßen, Leitungen usw. entstehen (die nur schwer bei Verursacher RWE einklagbar sind - keine Beweislastumkehr). Das bedeutet: Geschädigte müssen RWE Verursachung nachweisen. Das verdeutlicht nochmal die immensen Gefahren und die hohen zu erwartenden Ewigkeitslasten der Tagebaue, je länger sie andauern. Je früher RWE mit Baggern aufhört, desto geringer die Schäden. Link zur Originalstudie (englisch) mit allen Darstellungen: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0303243420301720>
- Es ist nicht plausibel, warum die Sophienhöhe nicht genutzt werden kann. Ist zwar umständlich für RWE, aber das ist egal. Die Kunstlandschaft ist besser geeignet, als den Hambacher Forst zu einer Insel zu machen, wie RWE das plant. Wobei, bis das Wasser so hoch steht, sind die Bäume längst verdorrt. Flächenfraß ist also vertretbar? Für das Allgemeinwohl ist dies nicht vertretbar. Es ist noch nicht einmal klar, ob RWE dabei wirklich etwas einspart. Ein Frechheit ist auf jeden Fall, so zu tun, als wäre der Boden nötig, aber gleichzeitig den Kiesabbau zu planen. Unklar ist auch, warum nicht einfach Bauschutt aus ganz NRW heran karrt statt überall Deponien zu errichten.

⁷ <https://fffutu.re/4ZkDx8>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

- Naturflächen gehen verloren bzw. Werden geschädigt (Grundwasserabsenkung, Austrocknung Hambacher Wald)
- Die Verfüllmassen können nur im Bereich bereits devastierter Böden im Umfeld der zurückzubauenden Industrieanlagen des Tagebaues, der Veredelungsbetriebe bzw. der Abraumhalden erfolgen. Der Wald und die Flächen der Sophienhöhe haben auf der nordwestlichen Seite bereits einen langjährigen Entwicklungsprozess durchlaufen und sind zu erhalten. Auf der südöstlichen Seite der Sophienhöhe und Innenkippe Hambach existieren die Flächen aber noch nicht so lange und von daher sind die dort befindlichen Böden für die Verfüllung zu verwenden.

Mobilität

- Was ist konkret mit nachhaltiger Mobilität gemeint? Autos können hier nicht gemeint sein, denn Autos sind vor allen Dingen Platzfresser, die anderen Verkehrsteilnehmenden das Leben schwer machen. Wer also in diese Richtung plant, ist rückständig, wie die CDU.
- Warum will man auf dem platten Land Mobilitätslösungen der Zukunft entwickeln, wenn die zuerst primär in den Städten gebraucht werden und eigentlich auch schon gestern.

(Un)Beteiligung

- Wir fordern das Land NRW die Ausarbeitung einer finalen Leitentscheidung über einen Bürgerinnenrat zu organisieren (Einbindung Zivilgesellschaft, höhere Akzeptanz, kreative Lösungen...)
- Das vielfältige Interessen berücksichtigt wurden ist nachweislich unwahr primär ist es ein RWE-Wunschkonzert und nicht das in der vorliegenden Situation gebotene. Der gesellschaftliche Konsens wurde bereits mit der Inbetriebnahme Datteln IV gebrochen und entfaltet somit keinerlei Bindungswirkung.
- Die Interessenberücksichtigung ist einseitig bei Klimaschädling RWE. Die Umsiedlungen in Erkelenz sind für Stromversorgung nachweislich nicht notwendig. Es ist vielmehr so, dass Minister Pinkwart bzw. die Landesregierung die Energiewende unnötig verschleppt hat, um weiterhin sehr teuren Braunkohlestrom zu subventionieren. Noch immer behindert Denkmalschutz die Installation von Photovoltaik. Noch immer behindert fiktive Abstände den Zubau von Windenergie. Die Landesregierung hat die Windabstände ohne wissenschaftlich fundierte Grundlage einfach erfunden. Auch auf explizite Nachfrage konnte hierfür keine Grundlage genannt werden.
- Der Braunkohleausschuss ist eine undemokratische Institution, die nicht die Auswirkungen auf die von Tagebau betroffenen in dem notwendigen Umfang widerspiegelt.
- Eine Zukunft für den Hambacher Wald: Kritik an Entwurf der Braunkohlenleitentscheidung / Forderung nach „Hambi“-Rückkauf und besserem Schutz / „Bürger*innenregion Hambacher Wald“ etablieren⁸
- Der Dorf-Waldspaziergang ist nun auch bei uns am Camp angekommen. Und es wird darauf eingegangen dass die Anwohner*innen in keinster Weise in der Entwicklung Morschenichs eingebunden werden. <https://twitter.com/hambicamp/status/1325407136545984513?s=09>

⁸ <https://fffutu.re/66xFw3>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Hinweis auf künftige Wahlentscheidungen

- Der Wunsch die Situation zu befrieden ist verständlich, allerdings wird dies nicht mit Heimatraub gelingen. Es ist mir unverständlich wie sich eine Landesregierung zu Handlangern eines Konzerns machen kann, der allgemeinwohlschädlich handelt.
- Die Umsiedlung wird nicht freiwillig abgeschlossen werden. Aufgrund dieser Leidentscheidung, werde ich die Gegner finanziell unterstützen und wünschen denen viel Erfolg vor Gericht, gegen die Klimafeinde RWE, CDU, FDP.
- Es ist Aufgabe einer Landesregierung und eines Landesvaters, für ALLE Menschen da zu sein. Im Kohlekompromiss wurde festgeschrieben, dass mit den Betroffenen geredet werden soll. Der MP hat alle Bitten um diese Gespräche ignoriert, und den Betroffenen nur Selbstgespräche zynischer Weise gelassen, während er pathetisch ein Dutzend Mal mit Kumpels das Steigerlied in die Fernsehkameras gesungen hat. Daher ist das Versäumte dringend ananzuholen.

Verschleppung

- Die Interessenberücksichtigung ist einseitig bei Klimaschädling RWE. Die Umsiedlungen in Erkelenz sind für Stromversorgung nachweislich nicht notwendig. Es ist vielmehr so, dass Minister Pinkwart bzw. die Landesregierung die Energiewende unnötig verschleppt hat, um weiterhin sehr teuren Braunkohlestrom zu subventionieren. Noch immer behindert Denkmalschutz die Installation von Photovoltaik. Noch immer behindert fiktive Abstände den Zubau von Windenergie. Die Landesregierung hat die Windabstände ohne wissenschaftlich fundierte Grundlage einfach erfunden. Auch auf explizite Nachfrage konnte hierfür keine Grundlage genannt werden.
- Die Landtagswahl in NRW war 2017, seitdem gab es von Pinkwart keinerlei Impulse für eine Energiewende. Selbst bei Photovoltaik und den Dachflächen gab es weder eine Förderung noch brauchbare Unterstützung.
- Deutschland blockiert EU-Stromwende
Ein langsamer Kohleausstieg wie in Deutschland oder Polen führt dazu, dass der CO₂-Ausstoß der Europäischen Union im Jahr 2030 immer noch zu hoch ist. Das hat eine Analyse der Klimapläne aller EU-Staaten ergeben.
<https://www.klimareporter.de/europaische-union/deutschland-blockiert-eu-stromwende>

Quellensammlung (alphabetisch)

AON 2020: Weather, Climate & Catastrophe Insight, 2019 Anual Report, Chicago, 2020, <https://fffutu.re/5lseSs>

BUND: Klimaschutz heißt Braunkohlenausstieg, <https://fffutu.re/8R3EyK>

Bezirksregierung Köln 2017: Informationsveranstaltung am 22.05.2017 zum Braunkohlenplanverfahren Garzweiler II; Sachlicher Teilplan Sicherung einer Trasse für die Rheinwasser Transportleitung, Köln, Mai 2017, <https://fffutu.re/vW2jil>

Bundesgesetzblatt 2019: Gesetz zur Einführung eines Bundes-Klimaschutzgesetzes (KSG) und zur Änderung weiterer Vorschriften, Bonn, Dezember 2019, <https://fffutu.re/9HC0sa>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Bundesgesetzblatt 2020: Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung (KVBG) und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz), Jahrgang 2020 Teil I Nr. 37, Bonn, August 2020, <https://fffutu.re/lOpoc8>

Bürgerrat Demokratie 2020: Klima-Bürgerrat: „Ein Beispiel für uns alle“, <https://fffutu.re/LAqqt0>

Calel, R., Chapman, S.C., Stainforth, D.A. *et al.* Temperature variability implies greater economic damages from climate change. *Nat Commun* **11**, 5028 (2020). <https://doi.org/10.1038/s41467-020-18797-8>

CDU/CSU-Bundestagsfraktion 2020: Für einen „Green Deal“ – Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung mit wirtschaftlicher Erholung, Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Ausgewogenheit und Stabilität verbinden, Mai 2020, <https://fffutu.re/2fkRkg>

C-Net 2020: China's biggest-ever solar power plant goes live, Oktober 2020, <https://fffutu.re/84bGe4>

Deutsches Klima-Konsortium *et. al.* 2020: Was wir heute übers Klima wissen BASISFAKTEN ZUM KLIMAWANDEL, DIE IN DER WISSENSCHAFT UNUMSTRITTEN SIND, Stand: September 2020, <https://fffutu.re/Mj538G>

DIW 2020: Politikberatung kompakt 150 - Garzweiler II: Prüfung der energiewirtschaftlichen Notwendigkeit des Tagebaus, Berlin, Mai 2020, <https://fffutu.re/9ZE86x>

DIW 2019: Politikberatung kompakt 131 - Weichenstellung Kohlekonsens: Kohlevorräte ermöglichen den Erhalt des Hambacher Waldes und aller noch bedrohten Dörfer, Berlin, Januar 2019, <https://fffutu.re/6lTb1>

Drawdown 2020: Sector Summary Electricity, <https://fffutu.re/kmlp3w>

Europäische Kommission 015): Übereinkommen von Paris, <https://fffutu.re/g08w56>

Exponential Roadmap 2020: Scaling 36 solutions to halve emissions by 2030, <https://fffutu.re/FYR89N>

FAZ 2020a: Wegen Kohleproduktion: Norwegischer Ölfonds schließt RWE aus, <https://fffutu.re/vMOwxz>

FAZ 2020b: Steuerzahlerbund - Wie der deutsche Staat das Geld seiner Bürger verschwendet, <https://fffutu.re/NgMYO1>

Fink, L. 2020: A Fundamental Reshaping of Finance, Blackrock Inc., Januar 2020, <https://fffutu.re/d6Hg1b>

Gemeinde Merzenich 2019: Projekte - Lust auf eine gute Zukunft – Gemeinde Merzenich wird zur "Zukunftsregion Agrar & Klima", <https://fffutu.re/0lR5DN>

Gemeinde Merzenich 2020: Positionspapier zur Wiedernutzung der Flächen Morschenich-Alt und Zukunftsprojekte für die Gemeinde Merzenich, <https://fffutu.re/vuwrEO>

Gaffney, O. 2020: The finance industry's path toward 1.5°C, based on the Exponential Roadmap's 36 solutions to halve emissions by 2030 and how to scale them, Exponential Roadmap Initiative, Stockholm Resilience Centre and Potsdam Institute for Climate Research., *Earth Day Conference 2020*, <https://fffutu.re/SmULIs>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Geologisches Landesamt NRW: Tagebau Hambach und Umwelt, Krefeld, 1977

Handelsblatt 2020a: World Energy Outlook: Wie Corona den Energiemarkt neu ordnet, Düsseldorf, Oktober 2020, <https://fffutu.re/r19xSP>

Harari, Y. N. 2020: The world after coronavirus, Financial Times, März 2020, <https://fffutu.re/XRjvJZ>

Heß, F., Ekardt, F. 2020: Verfassungsbeschwerde Göppel J. u.a., 1 BVR 2656/18, Erwiderung auf die Schriftsätze der Gegenseite, 64S/18 FH-sk vom 15. Juni 2020, <https://fffutu.re/gycbxa>

Hentschel, Karl-Martin et.al. 2020: Handbuch Klimaschutz, oekom verlag München, 2020, <https://fffutu.re/SSQGcm>

Ibisch, Pierre L. & Blumröder, Jeanette S. (2020): Hambacher Forst in der Krise 2020: Aktuelle Beurteilung des Entwurfs einer neuen Leitentscheidung „Neue Perspektiven für das Rheinische Braunkohlerevier“ der nordrheinwestfälischen Landesregierung vom 6.10.2020, Centre for Economics and Ecosystem Management an der Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde, Oktober 2020, <https://fffutu.re/9OUcnG>

IEEFA 2020: Grid scale battery costs have reached a tipping point, <https://fffutu.re/nKXRVF>

Klimareporter 2020: Deutschland blockiert EU-Stromwende, <https://www.klimareporter.de/europaische-union/deutschland-blockiert-eu-stromwende>

Kölle for Future 2020a: Kohleverstromung ist nicht mehr wirtschaftlich, <https://fffutu.re/HxSxOs>

Kölle for Future 2020b: Kommunalwahlen 2020 - Forderungen für ein klimaneutrales Köln, <https://fffutu.re/L9mdMB>

Klimaallianz Deutschland e.V. 2020a: Zivilgesellschaft nicht ausreichend beteiligt, Pressemitteilung vom 16. Oktober 2020, <https://fffutu.re/Wq71jE>

Klimareporter 2020: Blackrock sieht hohes deutsches Klimarisiko, Oktober 2020, <https://fffutu.re/O18FUJ>

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen 2019: Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege für die Planungsregion des Regierungsbezirks Köln, Recklinghausen, <https://fffutu.re/ADQ4z0>

Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen 2018: Fachbeitrag Klima für die Planungsregion Köln, Recklinghausen, <https://fffutu.re/PGivth>

LMBV: Wasserzuleiter zum Klinger See wird vorerst zurückgestellt, Oktober 2020, <https://fffutu.re/tdk8Ws>

McKinsey 2020: Climate risk and response, <https://fffutu.re/BC7X8f>

MunichRe 2020: Klimawandel - Eine der größten Herausforderungen für die Menschheit – Unsere Antworten, <https://fffutu.re/PYORLD>

Naam, R.2020: Solar's Future is Insanely Cheap, Mai 2020, <https://fffutu.re/MYGXEE>

NRW 2020a: Entwurf einer Leitentscheidung der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zur Zukunft des Rheinischen Braunkohlereviere / Garzweiler II: Eine nachhaltige Perspektive für das Rheinische Revier, Düsseldorf, Juli 2020, <https://fffutu.re/74m1WP>

Kommentiert [2]: Hier wird die unzureichende Klimapolitik der Bundesregierung auseinandergenommen. Mit Bezug auf Dokumente, wo BMU und BMWi zugeben, dass die derzeitigen Maßnahmen nicht für das Klimaschutzabkommen von Paris ausreichen.

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Parents for Future Germany 2020a: Grundvortrag Klima, Seite 14, Revision 36 vom 06.04.2020, <https://fffutu.re/nA1VZ2>

Parents for Future Germany 2020b: Beschwerde über das Kohleausstiegsgesetz bei der EU-Kommission, Juli 2020, <https://fffutu.re/Z6roSr>

Parents for Future Germany 2020c: DIE EU MÖCHTE BÜRGER IN FRAGEN ZUM KLIMASCHUTZ STÄRKER BETEILIGEN! in: Newsletter 09/2020, <https://fffutu.re/uLnN5f>

Pinzler, P. 2020: Der Kohleausstieg geht billiger, besser und klimafreundlicher, Zeit, Mai 2020, <https://fffutu.re/kVbO8l>

Prognos, Öko-Institut, Wuppertal-Institut 2020: Klimaneutrales Deutschland. Zusammenfassung im Auftrag von Agora Energiewende, Agora Verkehrswende und Stiftung Klimaneutralität, <https://fffutu.re/aWgRCl>

Ökoinstitut 2020: Einordnung der geplanten Entschädigungszahlungen für die Stilllegungen deutscher Braunkohlekraftwerke im Kontext aktueller Entwicklungen, Berlin, Juni 2020, <https://fffutu.re/zsLXwm>

Onvista Finanzportal 2020: Von der Leyen setzt trotz Corona-Krise weiter auf Klimaschutz, März 2020, <https://fffutu.re/vHx58g>

Quaschnig, V., 2016: Sektorkopplung durch die Energiewende. Anforderungen an den Ausbau erneuerbarer Energien zum Erreichen der Pariser Klimaschutzziele unter Berücksichtigung der Sektorkopplung, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, <https://fffutu.re/co4Hip>

Revierperspektiven Rheinland 2020: Zivilgesellschaft fordert alternatives Planungskonzept zu RWE-Entwürfen: Konzept von ZKS/ANSEV sichert Erhalt von Wald und Dörfern, Kerpen, Juni 2020, <https://fffutu.re/ML5Tur>

Robins, N. 2020.: Keynote Sustainable Finance, Grantham Institute/London School of Economics, Earth Day Conference 2020, <https://fffutu.re/giZiFG>

Rockström, J. et al.: A roadmap for rapid decarbonization. In: Science. Band 355, Nr. 6331, 2017, S. 1269–1271, doi:10.1126/science.aah3443, <https://fffutu.re/4lgw3M>

Sachs J. 2020, Circular economy and consumption, Center for Sustainable Development, Columbia University, Earth Day Conference 2020, <https://fffutu.re/hzyERc>

Spiegel 2020: "Hundert Millionen Menschenleben, Billionen von Dollar", Hamburg, Januar 2020, <https://fffutu.re/gOrsoj>

Spiegel 2020: Dieses Windrad soll dreimal leiser sein, Hamburg, September 2020, <https://fffutu.re/KTPxQh>

SRU 2020: Für eine entschlossene Umweltpolitik in Deutschland und Europa, Umweltgutachten 2020, Berlin. <https://fffutu.re/miTdzU>

Tagesspiegel 2020: Schäuble will dem Schutz des Lebens nicht alles unterordnen, April 2020, <https://fffutu.re/sVlxG2>

UFZ Helmholtz 2020: Jährliche Dürrestärken in Deutschland, <https://fffutu.re/3a8TCX>

Useronline 2020a: <https://fffutu.re/dhJov5>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

WDR 2020: Experten warnen vor Bodenabsenkungen an Tagebauen, Köln, 06.11.2020, <https://fffutu.re/4ZkDx8>

Wirtschaftsministerium NRW 2020a: Die neue [#Leitentscheidung](#) ist Ergebnis eines zweijährigen, intensiven Abstimmungsprozesses mit allen Akteuren, <https://fffutu.re/Ex6kbV>

World Economic Forum 2020: The Global Risks Report 2020, 15th Edition, <https://fffutu.re/iEDdHI>

Wuppertal Institut 2020: CO₂-neutral bis 2035: Eckpunkte eines deutschen Beitrags zur Einhaltung der 1,5°C-Grenze. Bericht. Wuppertal. <https://fffutu.re/oE42CO>

Projektziel

- Erarbeitung einer Ausfüllhilfe für die for Future Bewegung
 - Als Gesamtdokument und im Verlauf als Bausteine für die Einzelpakete
 - Mobilisierung der Bewegung, um möglichst viele Eingaben beim Land NRW zu platzieren.
- Aus der Vergangenheit:
Bei Sümpfung Tagebau Hambach: >2.300 Eingaben
Bei EU Klimazielen > 3.000 Eingaben

Zeitplan

11.11.20: Zustellung des Dokumentes in Düsseldorf

11.11.20: Ausfüllhilfe für Ortsgruppen, befreundete Partner:innen online

ab 12.11.: Medienkampagne

Entwurf Leitentscheidung⁹

Thema A: Raumentwicklung für die Zukunft: Neue Chancen für die Region¹⁰

Gesamtrückmeldung zum Themenbereich A¹¹

A1: Zukunftsräume für Region und Kommunen¹²

Entscheidungssatz 1: Zukunftsräume für Region und Kommunen

“Um die Tagebaufolgelandschaften zu „Räumen der Zukunft“ zu entwickeln, sollen die ehemaligen Tagebauflächen wieder mit dem umgebenden Raum verbunden werden und damit innovative wie nachhaltige Entwicklungsperspektiven eröffnen. Hieran und

⁹ <https://fffutu.re/dYbJW3>

¹⁰ <https://fffutu.re/b1Horq>

¹¹ <https://fffutu.re/SX5vsb>

¹² <https://fffutu.re/sEYXEO>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

an das vom Revierknoten „Raum“ zu entwickelnde Zukunftsbild für die Region anknüpfend sollen die regionalen Planungsträger gemeinsam mit den Kommunen im Revier den planerischen Rahmen dafür schaffen.

Der interkommunalen Kooperation, insbesondere in den Tagebaumfeldinitiativen Indeland GmbH, Landfolge Garzweiler und Strukturentwicklungsgesellschaft Hambach, kommt in diesen Prozessen und in der späteren Umsetzung eine zentrale Funktion zu. Sie sollen dazu unterstützt werden.“

A2: Energieregion der Zukunft und Mobilitätsrevier der Zukunft¹³

Entscheidungssatz 2: Energieregion der Zukunft und Mobilitätsrevier der Zukunft, Wiederherstellung landwirtschaftlicher Nutzflächen

“Das Rheinischen Revier soll von einer vom Kohlebergbau geprägten hin zu einer nachhaltigen Mobilitäts- und Energieregion umgebaut werden. Dazu tragen vor allem der Ausbau und die Nutzung erneuerbarer Energien und die Entwicklung, Erprobung und Anwendung neuer Mobilitätslösungen bei. Die Nutzung sowohl vom Bergbau in Anspruch genommener als auch von ihm nicht mehr benötigter Flächen kann für den Ausbau der Erzeugung und die Speicherung, aber auch die Erprobung erneuerbarer Energien sowie für die Schaffung eines nachhaltigen und attraktiven Mobilitätsangebots für die Menschen einen wesentlichen Beitrag leisten.

Im Rheinischen Revier ist auch die besondere Funktion der Landwirtschaft und der für die Landwirtschaft nutzbaren Böden für diesen Raum bei einer zukunftsfähigen Entwicklung in den neuen Planungen angemessen zu berücksichtigen.

Dabei ist ein für die Region akzeptabler Ausgleich mit den Bedürfnissen der Menschen für Freizeit- und Erholung, den wasserwirtschaftlichen und naturschutzrechtlichen Belangen sowie dem Freiraumschutz anzustreben.“

Thema B: Ein früherer Ausstieg: Anpassungen in der Tagebauplanung¹⁴

Gesamtrückmeldung zum Themenbereich B¹⁵

B1: Planungshorizont mit Revisionszeitpunkten¹⁶

Entscheidungssatz 3: Planungshorizont mit Revisionszeitpunkten

“Das Änderungsverfahren für den Braunkohlenplan Garzweiler II soll auf das Abschlussdatum 31. Dezember 2038 (§§ 2 und 4 i.V.m. § 40 KVBG) ausgerichtet sein. Dabei ist Vorsorge für ein ggf. vorgezogenes Abschlussdatum nach § 47 KVBG (31. Dezember 2035) zu treffen.“

¹³ <https://fffutu.re/DZiI0h>

¹⁴ <https://fffutu.re/hVWuRg>

¹⁵ <https://fffutu.re/9x3Nyy>

¹⁶ <https://fffutu.re/k1aBmB>

Kommentiert [3]: hier sollten wir den Hauptfokus setzen

DOCX: <https://ffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://ffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://ffutu.re/jrTdxF>

Das [KVBG](#) legt in den §§ 2 und 4 als Abschlussdatum für die Kohleverstromung den 31. Dezember 2038 fest. Das Braunkohlenplanänderungsverfahren Garzweiler II ist daher auf dieses Abschlussdatum auszurichten. In den Jahren 2026, 2029 und 2032 ist darüber hinaus eine gesetzliche Überprüfung hinsichtlich dieses Datums vorgesehen („Revisionszeitpunkte“, s. §§ 47, 54 und 56 KVBG). Dabei wird geprüft, ob Stilllegungen, die für die Zeit nach 2030 geplant sind, um drei Jahre vorgezogen werden können und damit das Abschlussdatum 2035 erreicht werden kann. Nordrhein-Westfalen wird sich hier zu gegebener Zeit einbringen.

In Nordrhein-Westfalen werden in den 2030er Jahren (gemäß den im KVBG festgelegten Stilllegungszeitpunkten für Braunkohleanlagen) nur noch die drei BoA-Kraftwerke sowie im Rahmen der Sicherheitsbereitschaft bis 31. Dezember 2033 ein 600 Megawatt-Block in Niederaußem mit dem einzig die Kohleverstromung sicherstellenden Tagebau Garzweiler II in Betrieb sein. Daher würde ein vorgezogenes Abschlussdatum nur noch Garzweiler II betreffen. Ein früheres Abschlussdatum würde absehbar, neben einem verminderten Kohlebedarf für die Stromerzeugung, auch die Wiedernutzbarmachung der Oberfläche, insbesondere die Gestaltung des Restsees sowie die Wiederherstellung einer leistungsfähigen übergeordneten Verkehrsinfrastruktur betreffen. Gegebenenfalls könnten auch größere Abstände des Tagebaus zu den Ortsrändern erreicht werden (siehe Entscheidungssatz 4). Auch könnte die L 19 zwischen Kückhoven und Holzweiler in ihrer bisherigen Lage erhalten werden. Prämisse dafür wäre aber weiterhin das Erfordernis einer sicheren Wiederherstellung der Oberfläche und einer hochwertigen Rekultivierung. Um raumordnerisch Vorsorge für die mit einem vorgezogenen Abschlussdatum entstehenden Anforderungen zu treffen, sind diese nach Möglichkeit in dem Braunkohlenplanänderungsverfahren für Garzweiler II zu berücksichtigen (z.B. im Wege bedingter Festlegungen, die u.a. bestimmte Bereiche unter den Vorbehalt der energiewirtschaftlichen Erforderlichkeit für die Zeit nach 2035 stellen).

B2: Verbesserungen für die Tagebauranddörfer Garzweiler II¹⁷

Entscheidungssatz 4: Verbesserungen für die Tagebauranddörfer Garzweiler II

Für die mit ihrer Bebauung direkt an den Tagebau Garzweiler II angrenzenden Ortschaften sind Verbesserungen hinsichtlich ihrer Entwicklungsmöglichkeiten und der tagebaubedingten Immissionen zu erzielen. Dazu sind vorrangig die Abstände der Abbaugrenze des Tagebaus gegenüber den Ortsrändern auf mindestens 400 m oder bei einem vorgezogenen Abschlussdatum gemäß Entscheidungssatz 3 auch auf 500 m zu vergrößern. Sofern dies nicht möglich ist, sollen andere Maßnahmen für Entwicklungsmöglichkeiten oder zur Verbesserung des Immissionsschutzes ergriffen werden.

Der Abstand der Abbaukante zum jeweiligen Ortsrand wird durch die Lage der in der Braunkohlenplanung festzulegenden Sicherheitslinie und die Breite der Zone zwischen Sicherheitslinie und Abbaugrenze bestimmt (Sicherheitszone). Die Sicherheitszone hat neben ihrer Bedeutung für den Schutz von Personen und Sachgütern zugleich als Pufferzone die Aufgabe, die Verträglichkeit der Bergbautätigkeit mit den außerhalb der Sicherheitszone angrenzenden Nutzungen zu gewährleisten. Die Pufferzone bietet zudem nach Beendigung

¹⁷ <https://ffutu.re/Pz7h1c>

des Bergbaus Entwicklungsoptionen. Deshalb ist die Sicherheitszone unabhängig von ihrer bergtechnisch notwendigen Dimensionierung so zu bemessen, dass dort die Maßnahmen zum Schutz angrenzender Nutzungen – insbesondere vor Immissionen – vorgenommen werden können. Insbesondere vor dem Abbau errichtete und begrünte Schutzwälle führen zu effektivem Immissionsschutz für die dahinterliegende Wohnbebauung. Für die Immissionen aus Tagebauen gibt es neben den einzuhaltenden Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes spezielle Regelungen in den Richtlinien der Bezirksregierung Arnsberg - Abteilung Bergbau und Energie in NRW - zum Schutz der Nachbarschaft und der Allgemeinheit vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Immissionen aus Tagebauen (Immissionsschutz-Richtlinie). Es ist davon auszugehen, dass mit solchen Maßnahmen in Verbindung mit dem gewählten Abstand weiterhin ein den rechtlichen Vorgaben genügender Immissionsschutz für die am Tagebaurand von Garzweiler II liegenden Dörfer zuverlässig gewährleistet werden kann. Eine Vergrößerung des Abstandes kann zu einer Verbesserung der Immissionssituation beitragen.

Ortsteile der Städte Mönchengladbach und Erkelenz sowie der Gemeinde Titz grenzen derzeit oder nach derzeitigen Planungen zukünftig mit Abständen von 100 bis 300 m an die offene Betriebsfläche des Tagebaus Garzweiler II. Die Tagebaurandlage bedeutet eine viele Jahrzehnte dauernde Belastung für die dort wohnenden Menschen. Auch bei Einhaltung der rechtlich vorgegebenen Immissionswerte und bei zusätzlichen Schutzmaßnahmen durch den Bergbautreibenden können individuell unterschiedliche Beeinträchtigungen oder Störungen durch den Tagebau verbleiben. Zudem spielt dabei die Dauer der Betriebsphase des Tagebaus eine große Rolle. Eine wichtige Rahmenbedingung für eine positive Entwicklung eines Ortes ist daher vor allem ein sozialverträglicher Abstand zum Tagebau. Um Beeinträchtigungen der Menschen während der Betriebsphase des Tagebaus zu vermindern und die Lebensbedingungen zu verbessern sowie um für den Ort Entwicklungsräume zu sichern, hat der Abbaubereich einen ausreichenden Abstand zu den unmittelbar angrenzenden Ortschaften einzuhalten. Dies haben auch die Erfahrungen der Leitentscheidung 2016 für den Ort Holzweiler bestätigt.

Verbesserungen durch Abstandsvergrößerungen können noch in Bereichen realisiert werden, wo der Tagebau nur soweit fortgeschritten ist, dass noch eine entsprechende tagebautechnische Umplanungsmöglichkeit besteht. Solche Flächen können in der Regel in Bereichen liegen, die nicht bereits als Abbaufäche in zugelassenen Hauptbetriebsplänen festgelegt sind. Dies trifft vor allem auf die Erkelenzer Ortschaften Venrath, Kaulhausen und Kückhoven zu. Aber auch trotz bestehender Hauptbetriebsplanzulassungen sollen Möglichkeiten zu Abstandsvergrößerungen geprüft werden. Soweit dies nicht möglich ist, soll eine Verbesserung durch zusätzliche (betriebliche) Immissionsschutzmaßnahmen erreicht werden.

Abstandsvergrößerungen verkleinern das Abbaugebiet. Es ist sicherzustellen, dass weiterhin eine ordnungsgemäße Rekultivierung bzw. Wiedernutzbarmachung einschließlich der Restseemuldenherstellung erfolgen kann.

Eine weitere räumliche Entwicklung der Ortsteile am Tagebaurand kann im Einklang mit den landes- und regionalplanerischen Festlegungen erfolgen. Es sollten darüber hinaus Maßnahmen ergriffen werden, die das Zusammenleben in den Dörfern unterstützen, eine angemessene Infrastrukturausstattung und die landschaftliche Einbindung sichern. Die Lebensqualität vor Ort kann darüber hinaus nachhaltig durch zivilgesellschaftliches Engagement verbessert werden.“

DOCX: <https://ffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://ffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://ffutu.re/jrTdxF>

B3: Inanspruchnahme und Rekultivierung von Garzweiler¹⁸

Entscheidungssatz 5: Inanspruchnahme und Rekultivierung von Garzweiler

“Bei der Wiedernutzbarmachung im Bereich des Tagebaus Garzweiler I sind die Belange der Stadt Jüchen hinsichtlich zeitnaher städtebaulicher Entwicklungsoptionen südlich der A 46 einzubeziehen.

Der Gewinnungsbetrieb von Garzweiler II ist unter Berücksichtigung des KVBG innerhalb des künftigen Abbaubereichs so zu gestalten, dass eine Flächeninanspruchnahme im Tagebauvorfeld auf den zur Erbringung der Kohleförderung in der benötigten Menge zwingend notwendigen Umfang beschränkt und zeitlich vorrangig zunächst auf die Inanspruchnahme bereits unbewohnter Ortschaften ausgerichtet wird.

Im Bereich von Garzweiler II soll die Wiederherstellung einer leistungsfähigen verkehrlichen Verbindung der Anschlussstellen Mönchengladbach-Wanlo und Titz-Jackerath so geplant werden, dass der östliche Seebereich samt anschließender Flächen auch den Ansprüchen an eine qualitativ hochwertige, landschaftsorientierte Erholung gerecht werden kann.

Der Siedlungsschwerpunkt der Stadt Jüchen liegt nördlich der A 46. Nahezu das gesamte Stadtgebiet südlich der A 46 (fast 40 % der Stadtfläche) wird bei Abschluss des Tagebaus Garzweiler bergbaulich beansprucht worden sein. Das wegen des Kohleabbaus in Garzweiler I entstandene sogenannte „östliche Restloch“ nimmt dabei mit derzeit mehr als 7 km² und aufgrund ausstehender Verfüllung einen bedeutenden Teil des Stadtgebietes in Anspruch. Diese Flächen stehen ebenso wie die im Abbau befindlichen Tagebauflächen erst nach Wiederherstellung und Rekultivierung für eine kommunale Entwicklung zur Verfügung. Die Verfüllung von Garzweiler I war nach dem Braunkohlenplan Frimmersdorf von 1984 bereits bis 2020 vorgesehen. Das Ziel wurde jedoch infolge von Verzögerungen bei der Wiedernutzbarmachung, insbesondere durch die aufwändigere Herstellung der A 44n, verfehlt. Die Maßnahmen zur vollständigen Wiedernutzbarmachung von Garzweiler I im Bereich der Stadt Jüchen sollen nach Planungen der Bergbautreibenden bis 2030 andauern. Damit liegt die Wiedernutzbarmachung deutlich hinter der damaligen Planungsgrundlage zurück.

Die Landesregierung erwartet von der Bergbautreibenden, dass sie die Rekultivierung ambitionierter angeht. Der Braunkohlenausschuss hat den Abschluss der Rekultivierung bis 2030 zu überwachen. Für die weitere Stadtentwicklung soll die Regionalplanung die Stadt Jüchen bei alternativen Flächenentwicklungen unterstützen. Entwicklungsoptionen auf früheren Tagebauflächen können dabei im Rahmen landes- und regionalplanerischer Festlegungen berücksichtigt werden. Dabei ist die besondere Güte rekultivierter ehemaliger Tagebauflächen zu berücksichtigen.

Die Tagebauführung von Garzweiler II soll aufbauend auf der Konzeption der bisherigen braunkohleplanerischen Vorgaben erfolgen und eine Minimierung der erforderlichen Eingriffe in die Lebensverhältnisse der von Umsiedlungen Betroffenen ermöglichen. **Dafür ist die Flächeninanspruchnahme im Tagebauvorfeld auf den zur Erbringung der**

Kommentiert [4]: damit muss die Arbeits- Drehrichtung geändert werden!

Also von Südost her (Immerath) statt von Nordost wie derzeit.

¹⁸ <https://ffutu.re/FPhb7j>

DOCX: <https://ffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://ffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://ffutu.re/jrTdxF>

Kohleförderung in der benötigten Menge zwingend notwendigen Umfang zu beschränken und zeitlich vorrangig zunächst auf die Inanspruchnahme bereits unbewohnter Ortschaften (Immerath u.a.) auszurichten. Dafür ist der weitere Kohlenabbau- und Verkippungsfortschritt von Garzweiler II so zu konzipieren, dass zunächst Flächen außerhalb noch bewohnter Ortschaften für den Gewinnungsbetrieb genutzt werden. Bei einer solchen Abbauführung sind die bergbautechnische und energiewirtschaftliche Verhältnismäßigkeit und die angestrebten Rekultivierungsziele zu berücksichtigen. Auch darf die Energieversorgungssicherheit nicht gefährdet werden.

In der Leitentscheidung aus dem Jahr 2016 werden Anforderungen an den herzustellenden Restsee von Garzweiler II gestellt (s. Entscheidungssatz 2), vorrangig unter bergbautechnischen und wasserwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Bislang blieb in der Leitentscheidung unberücksichtigt, welche konkrete Bedeutung dabei die Art und Weise der Wiederherstellung der A 61 für eine qualitativ hochwertige Nutzung von See und Landschaft westlich der A 61n haben wird. Aus diesem Grund ist das Braunkohlenplanänderungsverfahren Garzweiler II bei Festlegungen für die Wiedernutzbarmachung darauf einzustellen, dass die Herstellung einer leistungsfähigen verkehrlichen Verbindung der Anschlussstellen Mönchengladbach-Wanlo und Titz-Jackerath so erfolgen kann, dass der östliche Seebereich zwischen östlichem Seeufer und westlich der neuen Trassenführung landschaftlich ansprechend gestaltet werden und eine qualitativ hochwertige, natur- und umweltverträgliche Erholung ermöglichen kann. Dazu sind insbesondere aktive und passive Schallschutzmaßnahmen in den Blick zu nehmen, die einer „Verlärmung“ des östlichen Seeufers entgegenwirken (deutlich verminderte Schallimmissionen). Auch soll bei ihrer Wiederherstellung berücksichtigt werden, dass eine Verbindung zwischen den Rekultivierungsbereichen durch Querungen möglich sein sollte.

Stand heute ist weiterhin von einem verkehrlichen Bedarf einer A 61n auszugehen, da die grundsätzliche Verkehrsfunktion der A 61 aufgrund der starken Verkehrsströme erforderlich ist. Zudem hat(te) die A 61 als Verkehrsachse zwischen den Niederlanden und Rheinland-Pfalz eine überörtliche und europäische Bedeutung. Ein vorgezogenes Abschlussdatum könnte die Wiederherstellung der A 61 allerdings beeinträchtigen. Da die Arbeiten zur Wiederherstellung der A 61 bereits vor 2035 begonnen sein dürften, sind die Rahmenbedingungen erneut und abschließend zum Revisionszeitpunkt im Jahr 2029 zu prüfen.“

B4: Neue Abbaugrenzen, Erhalt von Wald und Morschenich¹⁹

Entscheidungssatz 6: Neue Abbaugrenzen, Erhalt von Wald und Morschenich

„Die neuen Abbaugrenzen des Braunkohlenplans Hambach sind ohne eine Inanspruchnahme der Ortschaft Morschenich, des Hambacher Forstes, des Merzenicher Erbwalds und des Waldgebiets westlich des FFH-Gebietes „Steinheide“ zu planen. Die neue Tagebauplanung soll eine angemessene Vernetzung der Wälder ermöglichen und das Artenschutzkonzept für den Tagebau fortschreiben.“

Regionalplanerische Festlegungen und forstfachliche, naturschutzfachliche und landschaftspflegerische Maßnahmen sollen Erhalt und Entwicklung der Wälder

Kommentiert [5]: Vernetzung der Wälder geht nur, wenn RWE-Töchter die Kiesgrubenpläne aufgeben

¹⁹ <https://ffutu.re/ZYsaPV>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

unterstützen. Planungen oder Maßnahmen, die sie in ihrem Bestand gefährden können, sind auszuschließen.

Die Flächen im südlichen Bereich des bisherigen Abbaufeldes des Tagebaus Hambach umfassen im Wesentlichen die Ortschaft Morschenich (Gemeinde Merzenich), die weitgehend zurückgebaute Ortslage Manheim (Stadt Kerpen), etwa 650 ha Wald- und Forstflächen sowie landwirtschaftliche Nutzflächen. Auf den (verbliebenen) Hambacher Forst entfallen dabei ca. 200 ha. Dieses Waldstück wird entgegen der bisherigen Bergbauplanung nicht mehr bergbaulich in Anspruch genommen und bleibt erhalten. Dasselbe gilt für den Merzenicher Erbwald und das an das FFH-Gebiet „Steinheide“ angrenzende Waldstück sowie die Ortschaft Morschenich.

Die Restfläche des Hambacher Forstes befindet sich in einem erhaltenswerten Zustand. Es sind daher Maßnahmen zu entwickeln, die eine gute Ausgangsbasis für seinen dauerhaften Erhalt sichern. Das Ökosystem im Hambacher Forst muss sich dabei erholen und wieder einen Lebensraum für geschützte Tier- und Pflanzenarten bieten können. **Um die Waldfunktionen des Hambacher Forstes langfristig zu entwickeln und zu sichern, ist er mit den anderen beiden Wäldern zu vernetzen.** Dazu sollen insbesondere Verbindungsflächen bzw. ökologische Trittsteine zwischen Hambacher Forst, Merzenicher Erbwald und der Steinheide hergestellt werden. Bis zur Umsetzung langfristiger Maßnahmen kommen temporäre Grünstrukturen zur Stützung der Waldgesundheit in Frage. Dies kann zudem über die Gestaltung des künftig herzustellenden Seerandes bzw. der Seeböschungen unterstützt werden. Der Saumbereich des durch das Tagebauvorhaben freigestellten Waldrandes sollte im Rahmen des Wiedernutzbarmachungskonzeptes zu einem naturnahen Waldrand entwickelt werden. Ebenfalls könnten Flächen, die im Wege des Artenschutzes von der Bergbautreibenden angelegt wurden, einen Beitrag leisten. Mit der aufgrund der Änderungen mit dem Erhalt des Hambacher Forstes erfolgenden Fortschreibung des Artenschutzkonzeptes sollte aber auch in den Blick genommen werden, ob der Umfang der bereits umgesetzten und ggf. noch vorgesehenen Artenschutzmaßnahmen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen weiterhin geboten ist. Dabei ist nicht davon auszugehen, dass die bereits hierfür genutzten Flächen wieder in eine landwirtschaftliche Nutzung zurückgeführt werden. Vielmehr sollten begonnene und/oder abgeschlossene, aber keinem Eingriff mehr zuzuordnende Maßnahmen für künftige Kompensationsverpflichtungen genutzt werden, um weitere Inanspruchnahmen landwirtschaftlicher Flächen zu vermeiden. Darüber hinaus sollten im derzeitigen Tagebauvorfeld liegende landwirtschaftliche Flächen möglichst erhalten bleiben. Denn gerade im rheinischen Revier steht die Landwirtschaft unter einem erheblichen Flächendruck.

Nach § 18 Abs. 2 Landesplanungsgesetz erfüllen die Regionalpläne die Funktionen eines Landschaftsrahmenplanes und eines forstlichen Rahmenplanes gemäß Naturschutz- und Forstrecht. Sie stellen regionale Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung des Naturschutzes und der Landschaftspflege und zur Sicherung des Waldes dar. Unterstützende Festlegungen für die Wälder und ihre Vernetzung sowie für die Offenlandflächen sollten daher auch im neuen Regionalplan Köln und im Einklang mit kommunalen Entwicklungsvorstellungen vorgesehen werden. Zudem sollte der Fachbeitrag des Naturschutzes und der Landschaftspflege nach § 8 LNatSchG des LANUV (Januar 2020) sowie weitere vorliegende Fachbeiträge gemäß § 12 Landesplanungsgesetz berücksichtigt werden.

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Die Landesregierung wird Maßnahmen prüfen, die den dauerhaften Erhalt des Hambacher Forsts langfristig sicherstellen und ihn für die Menschen erfahrbar machen können. Dies könnte bspw. im Rahmen der Tätigkeit einer Stiftung und in Abstimmung mit dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW erfolgen. **Im unmittelbaren Umfeld der Wälder sollen keine neuen und keine Erweiterung bestehender Abgrabungsbereiche erfolgen, da dies den vorstehenden Zielen entgegenlaufen würde.**

Darüber hinaus ist der Baumbestand im Hambacher Forst nicht vom Grundwasser abhängig. Die Baumwurzeln erreichen das Grundwasser nicht. Die Wasserversorgung der Bäume ist allein durch Niederschläge und deren Speicherung im Boden gewährleistet. Ein langfristig guter hydrologischer Zustand wird daher maßgeblich durch die Witterungsbedingungen geprägt. Zur Angabe eines Abstandes der Gewinnungsböschung des Tagebaus zum Waldrand des Hambacher Forstes, bis zu dem die Wasserversorgung des Hambacher Forstes nicht gefährdet sein sollte, wurde aus den Maximalwerten für die kapillare Wassernachlieferung und für die Erstreckung der Feinwurzeln ein Abstand von 50 m (Abstand zwischen Böschungskante und Baumstamm) ermittelt und festgelegt. Methodisch entsprechend kann die erforderliche standortbezogene Übertragbarkeit auf andere Wälder erfolgen.“

B5: Anpassung der Rekultivierung²⁰

Entscheidungssatz 7: Anpassung der Rekultivierung

“Es hat eine möglichst hochwertige und nachhaltige Rekultivierung der bergbaulich in Anspruch genommenen Flächen zu erfolgen. Die Tagebauböschungen sind dabei dauerhaft standsicher zu dimensionieren und zu gestalten. Die dazu erforderliche Massengewinnung hat vorrangig aus dem bisherigen Abbaufeld des Tagebaus zu erfolgen. Die Gewinnungs- sowie Verkipplungsplanung und -ausführung sind derart zu optimieren, dass die zur Abraumgewinnung erforderliche Flächeninanspruchnahme auf ein zwingend erforderliches Mindestmaß beschränkt bleibt. Eine Inanspruchnahme der bereits hochwertig endgestalteten Flächen der Sophienhöhe kommt dazu nicht in Frage. Ein erforderlicher Massentransfer aus dem Tagebau Garzweiler ist auf das zur Rekultivierung zwingend erforderliche Maß zu beschränken.

Bei der Wiedernutzbarmachung und Rekultivierung sollen die Wiederherstellung von Landflächen und die Gestaltung der Tagebauböschungen im Bereich der Stadt Elsdorf so erfolgen, dass eine qualitative Entwicklung hin zur Seefläche und eine Vernetzung der Grünen Infrastruktur möglich werden.“

B6: Keine grundlegende Planänderungen für Inden²¹

Entscheidungssatz 8: Keine grundlegende Planänderung für Inden

²⁰ <https://fffutu.re/S9HNnJ>

²¹ <https://fffutu.re/L5cs7v>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Der Tagebau Inden soll bis zum Ende der Kohleverstromung im Kraftwerk Weisweiler im Jahr 2029 im Rahmen des Braunkohlenplans „Inden – Räumlicher Teilabschnitt II“ fortgeführt und rekultiviert werden können.

Thema C: Wasserverhältnisse nach Tagebauende: Voraussetzungen für eine gute Zukunft²²

Gesamtrückmeldung zum Themenbereich C²³

C1: Anforderungen an Tagebaurestseen²⁴

Entscheidungssatz 9: Anforderungen an Tagebaurestseen

“Die Befüllung der Restseen soll auf einen Zeitraum von möglichst 40 Jahren nach Ende der Braunkohleförderung im Tagebau ausgerichtet werden.

Die Lage des im Tagebau Hambach im Rahmen der Wiedernutzbarmachung entstehenden Restsees ergibt sich aus dem vorzeitigen Tagebauende. Der Tagebausee soll südlich der Sophienhöhe mit möglichst kompakter Form und möglichst großer Tiefe und naturnaher Gestaltung angelegt werden.

Die Übergangsbereiche zwischen den Seeufern und den Siedlungsräumen sollen landschaftsplanerisch entwickelt werden und städtebauliche Entwicklungsoptionen berücksichtigen. Die Uferbereiche sind dabei so zu modellieren, dass sie während der Seebefüllung insbesondere frühzeitig Zwischennutzungen, auch im Sinne des Biotop- und Artenschutzes, wie auch Grünvernetzungen ermöglichen.“

C2: Nutzung von Rheinwasser für die Restseebefüllung für Garzweiler und Hambach²⁵

Entscheidungssatz 10: Nutzung von Rheinwasser für die Restseebefüllung von Garzweiler und Hambach

“Die Befüllung des Restsees Hambach und die Auffüllung des Grundwasserleiters ist wie in Garzweiler durch die Zuführung von Rheinwasser zu beschleunigen und zu unterstützen. Dazu ist Rheinwasser mit Transportleitungen zu den Tagebauen heranzuführen, um einen Befüllungszeitraum von 40 Jahren zu ermöglichen.

Es muss sichergestellt werden, dass die Restseen mit Rheinwasser auch parallel und ausreichend befüllt werden können. Es muss auch Vorsorge getroffen werden, dass Niedrigwasserereignisse im Rhein keine dauerhaft negativen Auswirkungen auf die Restseebefüllung haben.

Das zur Befüllung herangeführte Rheinwasser muss eine verwendungsgerechte Qualität aufweisen und ist dazu ggf. aufzubereiten. Die Rheinwasserqualität ist zu überwachen.“

²² <https://fffutu.re/xMe5ZK>

²³ <https://fffutu.re/cVZ4ef>

²⁴ <https://fffutu.re/B6KTAh>

²⁵ <https://fffutu.re/aQAec0>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

C3: Sichere Bereitstellung von Trink-, Öko-, Ausgleichs- und Ersatzwasser²⁶

Entscheidungssatz 11: Sichere Bereitstellung von Trink-, Öko-, Ausgleichs- und Ersatzwasser

“Die ausreichende, qualitativ hochwertige Bereitstellung von Trink-, Öko-, Ausgleichs- und Ersatzwasser ist weiterhin zu sichern. Die Trinkwasserversorgung hat dabei Vorrang vor allen anderen Nutzern und Belangen. Darüber hinaus hat die Bereitstellung von Öko-, Ausgleichs- und Ersatzwasser und insbesondere die Versorgung der erhaltenswerten Feuchtgebiete und zu stützenden Oberflächengewässer Vorrang vor der Restseebefüllung. Auch die ausgleichspflichtige Bewässerung der Landwirtschaft muss gesichert sein.

Es soll sichergestellt werden, dass auch bei anhaltenden Niedrigwasserereignissen die Feuchtgebiete und gestützten Oberflächengewässer mit ausreichenden Wassermengen versorgt werden.

Für den Einflussbereich des Tagebaus Hambach ist zur Gewährleistung und zur Sicherstellung der zukünftigen Wasserversorgung frühzeitig ein ausreichend hohes Schutzniveau für das dann erweiterte Einzugsgebiet der Wassergewinnungsanlage Dirmerzheim (Erftstadt) festzulegen bzw. festzusetzen.”

C4: Umbau der Erft²⁷

Entscheidungssatz 12: Umbau der Erft

“Es müssen die erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um die Erft in einen naturnahen sowie chemisch und ökologisch guten Zustand zu bringen. Gleichzeitig ist ihre Leistungsfähigkeit für die Entwicklung der Region zu erhalten.”

Thema D: Ein sozialverträgliches Konzept: Umsiedlungen im Rheinischen Revier²⁸

Gesamtrückmeldung zum Themenbereich D²⁹

D1: Umsiedlungen in Erkelenz, Kerpen und Merzenich³⁰

Entscheidungssatz 13: Umsiedlungen in Erkelenz, Kerpen und Merzenich

“Die Umsiedlung der Kerpener Ortschaft Manheim, Tagebau Hambach, ist entsprechend dem Braunkohlenplan „Umsiedlung Manheim“ im Jahr 2022 abzuschließen.

Die Umsiedlung der Merzenicher Ortschaft Morschenich, Tagebau Hambach, ist bergbaulich nicht mehr erforderlich. Bis zum Jahr 2024 sollen aber die Bewohnerinnen

²⁶ <https://fffutu.re/UYgH99>

²⁷ <https://fffutu.re/oERHQN>

²⁸ <https://fffutu.re/9H95UL>

²⁹ <https://fffutu.re/m7r9yp>

³⁰ <https://fffutu.re/PCjWU>

DOCX: <https://ffutu.re/kTogro> **** ODT: <https://ffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://ffutu.re/jrTdxF>

und Bewohner, die noch in Alt-Morschenich leben, mit ihrem Umsiedlerstatus an der gemeinsamen Umsiedlung nach Neu-Morschenich teilnehmen können.

Die Umsiedlung der Erkelenzer Ortschaften Keyenberg, Kuckum, Unter- und Oberwestrich sowie Berverath, Garzweiler II, ist entsprechend dem Braunkohlenplan „Umsiedlung Keyenberg, Kuckum, Unter-/Oberwestrich, Berverath“ an den Umsiedlungsstandort Erkelenz-Nord sozialverträglich fortzusetzen und bis spätestens zum Jahr 2028 abzuschließen.“

D2: Morschenich mit neuer Perspektive³¹

Entscheidungssatz 14: Morschenich mit neuer Perspektive

“Unter Berücksichtigung der besonderen Situation und Lage von Morschenich-Alt sind die räumlichen Voraussetzungen für eine vielfältige, nachhaltige und innovative Nutzung als ein „Ort der Zukunft“ zu schaffen.“

³¹ <https://ffutu.re/SlytQ>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Bedienungsanleitung

Die Teilnahme erfolgt *ausschließlich* auf der Seite des Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes NRW.

Wer kann teilnehmen?

An dieser Öffentlichkeitsbeteiligung kann **jede interessierte oder betroffene Einzelperson** teilnehmen. Aber auch **Unternehmen, Gewerkschaften, Kammern, Vereine, Initiativen und Verbände** können Stellungnahmen oder Beiträge abgeben. Weiterhin können die **Träger öffentlicher Belange** im Rheinischen Revier, ihre Rückmeldungen zur neuen Leitentscheidung übermitteln.

Die Beteiligung endet am **01. Dezember 2020**.

Beteiligungsformen

Stellungnahme via Onlineformular (Empfehlung) oder Feedback in den Themenbereichen. Alles andere (Postkarten etc.) ist NICHT rechtssicher!

Stellungnahme via Onlineformular – so geht das

1. Erstelle eine PDF-Version Deiner Stellungnahme

Musterschreiben Ortsgruppe docx	Musterschreiben Einzelperson docx
Musterschreiben Ortsgruppe odt	Musterschreiben Einzelperson odt
Musterschreiben Ortsgruppe pdf	Musterschreiben Einzelperson pdf

2. Melde Dich beim Land NRW an:

<https://www.leitentscheidung-perspektiven-nrw.de/user/register>

Wähle einen Namen (am besten ohne Leerzeichen, z.B.: ParentsForFutureIrgendwo)

Gib Deine E-Mailadresse ein

Markiere die beiden Checkboxen

Klicke <Neues Benutzerkonto erstellen>

The screenshot shows a registration form with the following fields and elements:

- Header: "Fellder mit (*) sind Pflichtfelder"
- Section: "Zugangsdaten *"
- Field: "Benutzername *" with the value "ParentsForFutureIrgendwo"
- Field: "E-Mail-Adresse *" with the value "irgendwo@prentsforfuture.de"
- Checkbox: "Die Hinweise zum Datenschutz habe ich gelesen und akzeptiere sie. *" (checked)
- Checkbox: "Hiermit bestätige ich, dass ich mindestens 16 Jahre alt bin. *" (checked)
- Button: "Neues Benutzerkonto erstellen"

3. Bestätige Deine Anmeldung

Du bekommst eine E-Mail an die eingegebene Adresse (ggf. im SPAM-Ordner)

DOCX: <https://fffutu.re/kTogro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Klicke auf den Bestätigungslink



Von: Dialogzentrale <noreply@dialog.de>
Betreff: **Benutzerkontodetails für ForFutureBürgerwald auf Öffentlichkeitsbeteiligung zur Leitentscheidung Braunkohle**

Liebe/r ForFuture

vielen Dank für die Registrierung auf Öffentlichkeitsbeteiligung zur Leitentscheidung Braunkohle. Sie können sich jetzt mit einem Klick auf den folgenden Link anmelden oder diesen alternativ in Ihren Browser kopieren:

<https://www.leitentscheidung-perspektiven-nrw.de/user/reset>

Dieser Link kann nur einmal verwendet werden und leitet Sie zu einer Seite, auf der Sie ein eigenes Passwort wählen können.

4. Du kommst auf eine Anmeldeseite. Klicke <Login>
5. Lege ein Passwort fest. Bestätige es. Klicke <Speichern>



Felder mit (*) sind Pflichtfelder

Zugangsdaten * **Freiwillige Angaben**

E-Mail-Adresse *
irgendwo@parentsforfuture.de

Passwort Passwort bestätigen

Passwortstärke: Befriedigend Übereinstimmung Ja

Die Hinweise zum Datenschutz habe ich gelesen und akzeptiere sie. *

Speichern **Benutzerkonto löschen**

6. Klicke <Mitmachen>
7. Wähle <PDF-Upload nutzen> (Link im dritten Spiegelstrich)

Machen Sie mit!

Hier finden Sie den Online-Dialog, bei dem Sie zwischen dem 8. Oktober und dem 1. Dezember 2020 Ihre Rückmeldungen zum Entwurf der neuen Leitentscheidung abgeben können.

Es stehen mehrere Bereiche zur Verfügung, in denen Sie Ihre Rückmeldungen strukturiert abgeben können:

- o Sie können Ihr **Feedback zu einem oder mehreren der vier Themenbereiche** (A-D) abgeben. Innerhalb der Themenbereiche sind die Entscheidungssätze der Leitentscheidung zugeordnet. Geben Sie eine konkrete Rückmeldung zu einem Entscheidungssatz oder zum gesamten Themenbereich. Ihr Feedback ist öffentlich.
- o Wenn Sie lieber eine **Rückmeldung zum Gesamtdokument** abgeben möchten, können Sie dies im Bereich „Ihre Rückmeldungen zum Gesamtdokument“ tun. Hier haben Sie auch die Möglichkeit, Ihren Beitrag einem Themenbereich zuzuweisen. Auch dieses Feedback ist öffentlich.
- o Sie können Ihre **Stellungnahme** direkt an das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen übermitteln. Dazu können Sie den PDF-Upload nutzen. Ihr Beitrag ist nicht öffentlich.

8. Gib einen Titel ein (z.B.: Stellungnahme Parents for Future Irgendwo)
Gib einen kurzen Text ein, z.B.:

DOCX: <https://ffutu.re/kTogro> **** ODT: <https://ffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://ffutu.re/jrTdxF>

<p>Sehr geehrte Damen und Herren, wir schließen uns der Stellungnahme von Parents for Future GERMANY, Christians for Future, Teachers for Future GERMANY und Grandparents for Future Deutschland zum Entwurf einer Leitentscheidung "Eine nachhaltige Perspektive für das Rheinische Revier" vom 11.11.2020 an.</p> <p>Unsere Ergänzungen finden Sie in der beigefügten Datei.</p> <p>Mit freundlichen Grüßen</p> <p>Martine Muster für Parents for Future Irgendwo</p>	<p>Felder mit (*) sind Pflichtfelder</p> <p>Titel * Stellungnahme Parents for Future Irgendwo</p> <p>Kurzbeschreibung: Sehr geehrte Damen und Herren, wir schließen uns der Stellungnahme der Parents for Future GERMANY, Christians for Future Leitentscheidung "Eine nachhaltige Perspektive für das Rheinische Revier" vom 11.11.2020 : Unsere Ergänzungen finden Sie in der angehängten Datei. Mit freundlichen Grüßen Martine Muster für Parents for Future Irgendwo</p> <p>PDF Upload Durchsuchen... 2011-stellungnahme-leitentscheidung-final.pdf Hochladen Die Dateien müssen kleiner als 32 MB sein. Zulässige Dateierweiterungen: pdf.</p> <p>Speichern</p>
---	--

9. Klicke <Durchsuchen>. Suche Dein vorbereitetes Schreiben (PDF!) und klicke <OK>.
10. Klicke <Hochladen>
11. Klicke <Speichern>

DOCX: <https://fffutu.re/kToqro> **** ODT: <https://fffutu.re/jjOZZ4> *** PDF: <https://fffutu.re/jrTdxF>

Briefkasten - Ideenspeicher

Vieles von Euren Ideen ist in das Dokument eingeflossen oder schon in den Baukasten sortiert. Danke

- DIW-Gutachten Garzweiler wird von der SPD in NRW gekontert, das Gutachten von Frontier Economics wurde von RWE beauftragt. Wer hat das? "Die Notwendigkeit der Braunkohle bis 2038 wurde in einer aktuellen Studie des Wirtschaftsberatungsunternehmens Frontier Economics bestätigt. Die von Ihnen angeführte DIW-Studie behandelt leider viele wesentliche Aspekte nicht oder nur unzureichend, wie den der Versorgungssicherheit oder der preisgünstigen Energieversorgung. Auch genehmigungsrechtliche Aspekte mit Eingriff in laufende Betriebspläne werden von der Studie nicht berücksichtigt. Für eine fundierte Bewertung ist jedoch die Einbeziehung aller Aspekte wichtig."

Herzenswünsche der Arbeitsredaktion

- Neue Aspekte bitte gerne in den Briefkasten / Ideenspeicher schreiben, je weiter ausformuliert und mit Quellen versehen, desto leichter für die Red.
- Links bitte mit dem Kurzgenerator <https://fffutu.re/> klein machen
- Kurzlink gerne via EINFÜGEN -> FUßNOTE aufnehmen
- Quellen bitte alphabetisch einsortieren
- Kommentare helfen (mit der Maus an den rechten Rand scrollen und + drücken)

Kommentiert [6]: Das ist ein Kommentar

Kommentiert [7R6]: Danke